

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauen und Straßen am Donnerstag, dem 10.11.2022

Sitzungsort: Rathaus Lemwerder (Ratssaal)

Beginn: 18:55 Uhr

- öffentlich -

Ende: 20:56 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ratsherr Jan Olof von Lübken

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Christina Winkelmann

Mitglieder

Ratsherr Jörg Bade

Ratsherr Miles Eckert

Ratsherr Karsten Haye-Warfelmann

Ratsfrau Bianka Ludwig

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsherr Michael Ruminski

Ratsherr Frank Schwarz

Ratsherrn Denis Walecki

Ratsherr Rainer Wohlers

Protokollführer

Patrick Kohn

von der Verwaltung

Fachbereichsleiterin III Rilana Niehus

Fachbereichsleiter 4 Dennis Paack

Fachbereichsleiterin I Jutta Zander

Zuhörer/in

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Ratsfrau Brigitta Rosenow

Ratsherr Harald Schöne

Ratsherr Sven Schröder

Ratsfrau Tanja Sudbrink

Ratsfrau Antje Warnken

Abwesend:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung
- 1.1 der ordnungsgemäßen Einladung
- 1.2 der Beschlussfähigkeit
- 1.3 der Tagesordnung

- 2 Genehmigung der Niederschrift vom 29.09.2022

- 3 Regionale Machbarkeitsstudie RMS21 - weiteres Vorgehen Vorlage: FB 2/024/2022-1

- 4 Haushalt 2023- Anträge Vorlage: FB 3/004/2022/1

- 5 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

- 6 Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung und Feststellung**
- 1.1 **der ordnungsgemäßen Einladung**
- 1.2 **der Beschlussfähigkeit**
- 1.3 **der Tagesordnung**

Der Vorsitzende Ratsherr von Lübken eröffnete die Sitzung um 18:55 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 29.09.2022

Die Niederschrift vom 29.09.2022 lag nicht vor.

3 Regionale Machbarkeitsstudie RMS21 - weiteres Vorgehen Vorlage: FB 2/024/2022-1

Sachverhalt: Am 22.09.2022 wurde dem Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung ein Zwischenstand zur regionalen Machbarkeitsstudie Radverkehr (RMS21) durch den Kommunalverbund und das Planungsbüro vorgestellt. Im Anschluss an die Vorstellung wurde den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit eröffnet, weitere Fragen und Anregungen mit einer ausreichenden Frist per Mail an den Kommunalverbund zu richten. Diese würden durch das Planungsbüro eingeordnet werden.

Insgesamt sind drei schriftliche Rückmeldungen beim Kommunalverbund eingegangen. Herr Schröder und Frau Rosenow regen unabhängig voneinander an, dass die ehemalige Bahntrasse zwischen der Hauptstraße in Altenesch und der Gemeindegrenze zu Delmenhorst in die Betrachtung der zu untersuchenden Varianten aufgenommen werden sollte. Die Trasse sei breit genug für einen Radweg und biete den Verkehrsteilnehmern Schutz vor Lärm und Abgasen der Kraftfahrzeuge, die dort nicht verkehren würden.

Herr Schöne bezieht sich in seiner Rückmeldung auf die in der Präsentation verwendeten Zahlen der Verkehrszählung.

Durch den Kommunalverbund und das Planungsbüro wurden folgende Antworten auf die Rückmeldungen formuliert:

Rückmeldungen 1 und 2, ehemalige Bahntrasse

Die Leistungsbeschreibung für die zu untersuchenden Routen inkl. Abschnittsvarianten im Rahmen der Regionalen Machbarkeitsstudie RMS21 wurde auf Grundlage des Regionalen Mobilitätskonzept: Radverkehr (RMK:R, Beschluss 2020 in der Mitgliederversammlung des Kommunalverbunds) erarbeitet und im Frühjahr 2021 mit allen beteiligten Kommunen auf der Fachebene abgestimmt. Im RMK:R und in der Leistungsbeschreibung ist die ehemalige Bahntrasse im Bereich zwischen Gemeindegrenze und Altenesch nicht enthalten.

Eine mögliche, ergänzende Untersuchung der ehemaligen Bahntrasse zwischen der Gemeindegrenze und Altenesch hätte folgende Rahmenbedingungen:

Finanzielle Aspekte

Folgende Arbeitsschritte würde das Gutachterbüro gemäß Leistungsbeschreibung bei einer ergänzenden Betrachtung der ehemaligen Bahntrasse im südlichen Gemeindegebiet durchführen:

- Arbeitspaket 1:
 - o Inhalte: Grundlegende Daten und Informationen zu den zu untersuchenden Routen werden von den Kommunen zusammengestellt. Die verschiedenen Routenverläufe werden von den Gutachterbüros soweit möglich mit dem Fahrrad befahren und in der vorhandenen RMK:R-Datenbank dokumentiert.
 - o Kosten: 370 € netto zzgl. Fahrtzeit/Reisekosten 300 € netto
- Arbeitspaket 2:
 - o Inhalte: In Abstimmung mit den Kommunen erfolgt – soweit Abschnittsvarianten vorhanden sind – die Auswahl eines Routenverlaufs. Als Entscheidungsgrundlage werden dazu die untersuchten Abschnittsvarianten miteinander verglichen und bewertet, Grundlage ist ein abgestimmter Kriterienkatalog.
 - o Kosten: 350 € netto

Für eine ergänzende Betrachtung würden sich insgesamt folgenden Kosten ergeben:

Leistung	Netto-Kosten	Brutto-Kosten
Arbeitspaket 1	370,00 €	440,30 €
Arbeitspakete 2	350,00 €	416,50 €
Fahrtzeit/Reisekosten	300,00 €	357,00 €
Gesamtsumme	1.020,00 €	1.213,80 €

Eine ergänzende Betrachtung zu den dargestellten Kosten von 1.213,80 € brutto wäre als Ergänzungsauftrag komplett durch die Gemeinde Lemwerder zu tragen.

Zeitliche Aspekte

Das Gesamtprojekt RMS21 ist ein gefördertes Projekt und muss bis zum 30. September 2023 komplett abgeschlossen sein. Die verkehrsplanerischen Arbeiten sollen im Juni 2023

abgeschlossen werden, da die weitere Zeit bis zum Projektende zur Erstellung des Abschlussberichts benötigt wird.

Aus diesen zeitlichen Rahmenbedingungen ergibt sich, dass die Arbeitspakete 1 und 2 (Inhalte siehe oben) gemäß Zeitplan bis Ende Januar 2023 abgeschlossen sein sollen.

Eine ergänzende Befahrung und Datenaufbereitung (Arbeitspaket 1) sowie die Ergänzung der neuen Abschnittsvariante in die entsprechende Bewertungsmatrix und die Abstimmung dazu mit der Fachebene (Arbeitspaket 2) würde ca. einen Monat zusätzlich in Anspruch nehmen.

Im weiteren Projektverlauf erarbeitet das Gutachterbüro in den folgenden Arbeitspaketen Maßnahmenempfehlungen für die einzelnen Routenabschnitte, führt eine Kosten-Nutzen-Analyse durch und bildet abschließend Realisierungsabschnitte. Diese Arbeitsschritte sollen, wie oben skizziert, bis Ende Juni 2023 abgeschlossen werden, da das Gesamtprojekt bis zum Ende der Förderlaufzeit am 30. September 2023 abgeschlossen sein muss.

Durch die veranschlagte Verzögerung um bis zu einem Monat wird die Bearbeitungszeit und insbesondere der fachliche Abstimmungsprozess für die Route Delmenhorst-Lemwerder (D2) zeitlich gesehen, stark belastet.

Es darf zu keinen weiteren Verzögerungen kommen, damit das Projektende und damit die Gesamtförderung für das RMS21 nicht gefährdet werden.

Rückmeldung 3, Kfz-Werte in bestimmten Straßen(-abschnitten)

- Herr Schöne: „Folie 7, Stedinger Straße: 4550 (Im Verlauf der Straße ergeben sich Werte zwischen 4550 und 7550)“
 - o Antwort Gutachterbüro: Die Werte auf der Stedinger Straße liegen bei bis zu 7.550 Kfz/Tag. Das ist richtig. Da wir in der Präsentation aber nur Zeit für die Darstellung von ausgewählten Beispielabschnitten hatten, haben wir uns nur auf den nördlichsten Abschnitt der Stedinger Straße (siehe Folie 7, Foto 1) bezogen, in dem 4.550 Kfz/Tag ermittelt wurden. Eine höhere Verkehrsstärke hat hier ohnehin keinen Einfluss auf die Bewertung, da auch bei der minimalen Verkehrsstärke von 4.550 Kfz/Tag (im Zusammenhang mit der verfügbaren Fläche) die Standards einer Radvorrangroute voraussichtlich nicht umgesetzt werden können.

- Herr Schöne: „Folie 8, Ernst-Pieper-Str.: 50; richtig ist die Zahl 1600 (Die Zahl 50 stammt aus dem Abschnitt der vorhandenen Sackgasse)“
 - o Antwort Gutachterbüro: Die Werte auf der Ernst-Pieper-Straße liegen bei bis zu 1.600 Kfz/Tag. Das ist richtig. In der Präsentation haben wir uns aber bewusst auf den Abschnitt nördlich der Tecklenburger Straße (siehe Folie 8, Foto oben) bezogen, in dem 50 Kfz/Tag ermittelt worden sind, da wir hier die Möglichkeit einer Fahrbahnführung (Fahrradstraße) sahen. Der Abschnitt südlich der Tecklenburger Straße (völlig andere Charakteristik) wird auf der Folie 9 dargestellt. Hier sehen Sie auch den Hinweis auf die 1.600 Kfz/Tag. Der Wert hat aber für die Bewertung in dem Abschnitt kaum Relevanz, da wir hier – unabhängig von der Verkehrsstärke – auf Grund der Flächenverfügbarkeit ohnehin die separate Führung entlang der stillgelegten Bahntrasse empfehlen würden.

- Herr Schöne: „Deichstraße: 300 – 400; richtig ist 400 bis 500“

- Antwort Gutachterbüro: Tatsächlich liegt der Wert zwischen 300 und 450 Kfz/Tag. (Die 500 Kfz/Tag beziehen sich u.E. auf die Flughafenstraße.) 50 Kfz/Tag mehr haben keinen Einfluss auf die Bewertung. Fahrradstraßen im Rahmen von Radvorranggruppen können innerorts bei Kfz-Verkehrsstärken bis 2.500 Kfz/Tag eingerichtet werden.
- Herr Schöne: „Ich meine, bei der veränderten Verkehrsbelastungen durch den Kfz-Verkehr ist die Betrachtungsweise bzw. die Auswirkungen bestimmt eine andere.“
Antwort Gutachterbüro: Grundsätzlich ist das richtig. In den genannten Fällen hat das aber keine Auswirkungen (siehe obenstehende Ausführungen).

Die Anmerkungen von Herrn Schöne und die Antworten dazu werden zur Kenntnis genommen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bauen und Straßen empfahl, die Anregungen aufzunehmen und das Betrachtungsgebiet um die Variante „Bahntrasse zwischen Altenesch und Delmenhorst“ in die regionale Machbarkeitsstudie RMS21 zum Preis von 1.213,80 € aufzunehmen und den Kommunalverbund um die Beauftragung des Planungsbüros mit dem zusätzlichen Auftrag zu bitten.

Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	2
Enthaltung:	0

4 Haushalt 2023- Anträge **Vorlage: FB 3/004/2022/1**

Die SPD-Fraktion beantragt, in Haushalt 2023 zur Weiterentwicklung bzw. Umrüstung der Straßenbeleuchtung in der Gemeinde Lemwerder 50.000 € einzustellen. Geprüft werden soll z.B. die Implementierung einer digitalen Steuerung der Straßenbeleuchtung, Bewegungssensoren und das bereichsbezogene Abschalten der Straßenbeleuchtung. Die SPD-Fraktion verstand diesen Antrag als Einstieg in die Umrüstung der Straßenbeleuchtung, dem in den nächsten Jahren weiter nachgehalten werden muss.

Der Antrag wurde befürwortet.

Ratsherr Hays-Warfelmann war zum Punkt der Abstimmung nicht anwesend.

Als Anlage zu diesem Protokoll teilte Bürgermeisterin Christina Winkelmann den Ausschuss ein Entwurf des Straßenbauprogramm 2022 aus.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	0
Enthaltung:	0

Die CDU-Fraktion bittet, bei der Baumpflanzaktion die Anpflanzung einer Hecke einzuplanen.

Fachbereichsleiter 4, Dennis Paack teilt mit, dass der beauftragte Bereich auf der Nebenanlage der L875 außerhalb der Ortsdurchfahrt Altenesch befindet. Die zuständige Straßenmeisterei hat eine Bepflanzung mündlich abgelehnt.

Fachbereichsleiter 4, Dennis Paack wartet auf eine Rückmeldung der Landesverwaltung.

Beschlussvorschlag:

In den Haushalt 2023 sind 3000,- EUR für eine Anpflanzung einzustellen.

Der Antrag wird mehrheitlich befürwortet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	2
Enthaltung:	-

Im Rahmen der Haushaltsberatung stellt die FDP-Fraktion nachstehende Anträge, behält sich zugleich vor, im laufenden Verfahren weitere Anträge zu stellen. Diesbezüglich auch, da der Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2023 ihnen noch nicht vorliegt.

Die FDP-Fraktion beantragt die Verbesserung der Wegefläche zwischen Betrieb Heinicke und den ehemaligen Flugplatz. (Ernst-Pieper-Straße)

Der Antrag wurde einstimmig befürwortet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

Die FDP-Fraktion beantragt, nachdem die Drainage gelegt wurde, sollten der Spielplatz mit Spielgeräten ausgestattet/ergänzt werden.

Der Antrag für den Spielplatz Mittenmang 65.000,00 € einzustellen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	2
Nein:	7
Enthaltung:	1

Der Antrag für den Spielplatz Mittenmang 40.000,00 € einzustellen, wird mehrheitlich befürwortet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	0
Enthaltung:	1

Der Antrag des Buswendeplatzes im Wohnbaugebiet Weserdüne wurde zurückgezogen.

Der Antrag der Bepflanzung des Kreisels wurde ebenfalls zurückgezogen.

Im Bereich der Fähre wird von einem Transportmittel auf das andere gewechselt. Es fehlt nach wie vor ein gesicherter und komfortabler Parkplatz für diejenigen, die mit dem Rad an der Fähre ankommen und es sicher, bzw. mitsamt Gepäck oder Zubehör (Regenkleidung, Helm etc.) abstellen wollen.

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN schlagen vor, zu überprüfen, ob sich der Güterschuppen mindestens übergangsweise als Fahrradgarage nutzen lässt. Dafür müsste eine Tür installiert werden, die eine

Zugangsregelung möglich macht. Innerhalb der Garage bräuchte es keine weiteren Maßnahmen, sofern der Zugang über eine Art „Abo“ gesteuert würde, die Nutzer:innen also namentlich bekannt wären. Bei einer allgemeinen Nutzung (etwa über eine vor Ort an einem Automat zu entrichtende Gebühr) wären neben der Tür ein solcher Automat und Fahrradständer zu installieren. Als Anregung mag die Fahrradgarage am Bahnhof in Emden dienen (Radbox Kunsthalle Emden, Bahnhofplatz 11, 26721 Emden, ti@emden-touristik.de).

Da der Güterschuppen zurzeit vermietet ist, beantragen die Grünen, den Mietvertrag mit A&R zum nächstmöglichen Zeitpunkt aufzuheben und ggf. über eine frühere Überlassung als Fahrradgarage zu verhandeln.

Daneben schlagen sie vor, die vor dem Güterschuppen befindliche 5 Autoparkplätze in Standorte für Fahrradboxen umzuwandeln. Hier könnte eine beträchtliche Anzahl von Boxen aufgebaut werden; Strom etc. dürfte vorhanden sein. Die Boxen können bei Bedarf umgesetzt werden, da sie mit dem Boden verschraubt, aber nicht fest verankert werden müssen.

Beschlussvorlage

Die Kosten für die notwendigen Umbaumaßnahmen/ Anschaffungen für die Nutzung als Fahrradgarage und das Aufstellen von Fahrradboxen sollen von der Verwaltung ermittelt werden. Die Mittel hierfür sind im Haushalt 2023 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
Nein:	2
Enthaltung:	4

Die Bündnis 90 Die Grünen beantragen Piktogramme auf den kommunalen 30er-Zone-Straßen.

Für die Piktogramme sollen 10.000, € eingestellt werden.

Der Antrag wird einstimmig befürwortet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

Außerdem beantragen Bündnis 90 die Grünen Piktogramme auf der Stedinger Straße. Für die Piktogramme sollen 6.000,00 € eingestellt werden.

Der Antrag wurde einstimmig befürwortet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

In HH 2023 sind 42.000,00 € für die Aufreinigung der Gräben entlang des Bahndamms eingestellt.

Der Antrag wird mehrheitlich befürwortet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	2
Enthaltung:	0

Weitere Anträge:

- Fahrzeug für Hausmeister (E-Kastenwagen als Leasingfahrzeug) 8.000,00 €

Es wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	3
Nein:	6
Enthaltung:	1

- Ladestation für E-Fahrzeuge 1.500,00 €

Es wurde einstimmig abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

- Mähroboter für Hauptplatz 30.000,00 €

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	1
Enthaltung:	0

- Prio 1: Ersatzbeschaffung Anbaugerät für Traktor Fendt (Orange) 16.500,00 €
Schlegelmäher Votex 1502

(Bestandgerät: rd. 30 Jahre alt)

Es wurde mehrheitlich dafür zugestimmt, den Betrag von 30.000,00 € den Haushaltsplan 2023 einzustellen. .

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

- Prio 1: Ersatzbeschaffung Anbaugeräte Gießarm für Unimog 16.000,00 € (bisher: Marke Eigenbau ohne Zulassung)

Es wurde einstimmig dafür zugestimmt den Betrag in Haushaltsplan 2023 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

- Prio 1: Neubeschaffung (Wiesen-, Rasen-) (Anmerkung: Bisher 4.500,00 € Vom Landwirt geliehen. Keine Leihe mehr möglich.)

Die Neuanschaffung wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

Über das Energiegutachten „Betriebshof“ (Heizung/PV-Anlagen) wurde nicht abgestimmt.

Anmerkung der Verwaltung vom 10.01.2023 zur Erläuterung des Sachverhaltes:

„Mit dem vorgeschlagenen Gutachten soll eine ganzheitliche energetische Betrachtung der Gebäude und Fahrzeuge des Betriebshofs vorgenommen werden. Zu prüfen ist, ob die vorhandenen Heizungsanlagen langfristig durch ein neues Heizkonzept ersetzt werden können. U.a. soll ermittelt werden, ob eine Abkehr vom Gas durch die Errichtung einer (Holz-)hackschnitzelanlage erreicht werden kann. Hierzu muss weiter geprüft werden, wie hoch der Bedarf an Hackschnitzeln wäre und ob dieser durch den in der Gemeinde erfolgten jährlichen Grünschnitt zu decken wäre. Die Dachflächen der Gebäude sollen in die Betrachtung aufgenommen werden, um zu prüfen, ob diese als Kollektorflächen für Strom oder Warmwasser geeignet wären, den Energiebedarf des Betriebshofes zu decken. Die Kollektorflächen könnten als Photovoltaikanlage Strom einspeisen und Fahrzeugbatterien laden oder sonstigen Betriebsstrom liefern. Als Sonnenkollektoren für Wasser könnten diese die Brauchwassererwärmung (Duschen) oder die Heizungsanlage unterstützen. Die mögliche Verwendung von Wärmepumpen soll ebenfalls in die Betrachtung einbezogen werden.“

5 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Bürgermeisterin Christina Winkelmann teilt mit, dass die Ausgabe der Baumgeschenke an die Bürger: innen am 22.11.2022 erfolgt.

Außerdem teilt sie mit, dass alle Bürgerinnen und Bürger herzlich gebeten werden, an örtlichen Gedenkstunden zum Volkstrauertag teilzunehmen.

Die Gedenkstunden werden durchgeführt:

In Altenesch um 10:00 Uhr beim zentralen Gottesdienst in der Kirche Altenesch und die Kranzniederlegung wird am Ehrenmal durchgeführt.

In Lemwerder um 12.00 Uhr wird die Kranzniederlegung an der Kriegsgräberstätte auf dem Friedhof Lemwerder durchgeführt.

In Bardewisch um 15:00 Uhr ist die Gedenkfeier in der Kirche Bardewisch. Im Anschluss wird die Kranzniederlegung am Ehrenmal durchgeführt.

Herr Schwarz stellte eine Frage zur letzten Sitzung des Finanz- und Gemeindeentwicklungsausschuss vom 03.11.2022.

Unter dem Tagesordnungspunkt „über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2022“ wurden zur Deckung von Mehrauszahlungen die Haushaltsansätze für den Neubau der GS Lemwerder 11.200015.500 verwendet.

Im Bauausschuss am 09.06.2022 stellte Herr Kwise unter dem Tagesordnungspunkt „Baumaßnahme Neubau der Krippe – Kostenfeststellung“ die Kostenverfolgung des Projektes vor.

Im Ergebnis standen zum 07.06.2022 noch 57.616,96 € zur Verfügung.

Herr Schwarz erkundigte sich, warum die voraussichtlichen Minderausgaben für den Neubau Krippe 11.180013.500 nicht zur Deckung verwendet wurden.

Frau Niehus teilte mit, dass die Beantwortung der Frage dem Protokoll ergänzt wird.

Antwort:

Seit Vorstellung der Kostenverfolgung zum Neubau Krippe wurden weitere Rechnungen auf das Projekt gebucht, sodass aktuell keine verlässliche Prognose über die noch zur Verfügung stehenden Mittel von Seiten der Finanzabteilung abgegeben werden kann.

Um sicherzugehen das es am Ende des Jahres nicht zu Überplanmäßigen Auszahlungen im Projekt Neubau Krippe kommt, wurden diese Mittel nicht zur Deckung herangezogen.

6 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

Der Vorsitzende Ratsherr von Lübken beendet die Sitzung um 20:56 Uhr.

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer